

DIE LINKE Antworten Wahlprüfsteine - Lesben- und Schwulenverband in Deutschland LSVD

Wie wollen Sie Art. 3, Abs. 3 GG ergänzen, um ausdrücklichen Schutz für LSBTI zu verankern sowie das AGG ausbauen und wirksamer gestalten (Einbeziehung staatlichen Handelns, Stärkung der Antidiskriminierungsstelle, Verbandsklagerecht, Aufhebung der Ausnahmeregelungen für Religionsgemeinschaften)?

Wir wollen "den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung und Lebensweise in Artikel 3 [Absatz 3] des Grundgesetzes aufnehmen" (Zitat aus Wahlprogramm). Die Linksfraktion war in dieser Legislatur Teil der interfraktionellen Initiative von FDP, Grünen und LINKEN, die Schutzmerkmale im Grundgesetz um "sexuelle Identität" zu erweitern. Um das erweiterte Grundrecht zu garantieren, fordern wir gestärkte Antidiskriminierungsstellen und ein Verbandsklagerecht im AGG. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll finanziell so ausgestattet werden, dass sie den hohen Beratungsbedarfen gerecht werden und Angebote zielgruppengerecht, mehrsprachig und barrierefrei u.a. in die Arbeitswelt hineinbringen kann. Dass es für Religionsgemeinschaften Ausnahmen gibt, ist für uns nicht haltbar, auch hier müssen AGG, Betriebsverfassungs- und Personalvertretungsgesetz gelten, die Sonderstellung der Kirchen mit ihrem parallelen Rechtssystem wollen wir beenden.

Wie wollen Sie die Vielfalt der Regenbogenfamilien (Zwei-Mütter-Familien, Zwei-Väter-Familien, Mehrelternfamilien oder Familien mit trans oder inter* Eltern) abstammungs- und familienrechtlich absichern, die Kinder von Regenbogenfamilien und die gesellschaftliche Akzeptanz stärken?*

Die Unterstützung von Familien darf nicht allein auf gutsituierte Hetero-Kernfamilien orientiert sein, sondern erfordert rechtliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien (z.B. Zwei-Mütter-Familien) und Förderung aller Verantwortungsgemeinschaften, die staatlich bislang vielfach benachteiligt sind. DIE LINKE setzt sich für eine Reform des Abstammungsrechts ein. Die Diskriminierung v.a. lesbischer Eltern durch die erforderliche Stiefkindadoption muss sofort zu beenden werden. Auch bei nicht-ehelichen Konstellationen fordern wir eine Elternschaftsankennung für alle Geschlechter. Wir fordern ein Wahlverwandtschaftsrecht, das Beziehungen mit mehr als zwei Personen umfasst (z.B. eine Familie mit drei oder vier Eltern). Hier ist ein umfangreiches Besuchsrecht im Krankheitsfall, Adoptionsrecht und Aussageverweigerungsrecht einzuräumen. Gleichzeitig werden besondere Zuwendungen fällig, wenn z.B. eine angehörige Person gepflegt werden muss.

Wie wollen Sie die Selbstbestimmung von trans & inter* Menschen rechtlich sicherstellen (hinsichtlich Abschaffung des Transsexuellengesetzes, Voraussetzungen und Altersgrenze für Vornamens- und Personenstandsänderung, ein Verfahren für trans* & inter* Menschen, Standesamt oder Gericht)?*

DIE LINKE will rechtliche und körperliche Selbstbestimmung für alle Geschlechter. Das pathologisierende TSG muss weg und durch ein Selbstbestimmungsrecht ersetzt werden, nötige Regelungen wie das Offenbarungsverbot müssen ins BGB. Wir fordern einen selbstbestimmten Geschlechtseintrag für alle. Eine Vornamens- und Personenstandsänderung muss mit einer einfachen Erklärung beim Standesamt möglich sein - ohne Zwangsberatungen, Gutachten, ärztliche Atteste und Gerichtsverfahren. Und ohne Einschränkungen auf körperliche Merkmale, also für inter* und trans* Personen gleichermaßen. Fremdbestimmte Operationen an Kindern sowie "Konversionsversuche" an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gehören nicht nur verboten; wir fordern auch eine konsequente Aufarbeitung, Entschuldigung sowie eine angemessene Entschädigung der menschenrechtswidrigen medizinischen Maßnahmen bzw. von im Zuge des TSG erfolgten Zwangsscheidungen und -OPs.

*Wie wollen Sie Hasskriminalität gegen LSBTI wirksam bekämpfen (bundesweiter Aktionsplan zu Prävention und Bekämpfung, Berufung einer Expert*innenkommission, Benennung*

LSBTI-feindlicher Motive in §46 und §130 StGB, Sensibilisierung Polizei & Justiz, bessere Erfassung und Forschung zu Dunkelfeld)?

DIE LINKE fordert im Wahlprogramm "einen Nationalen Aktionsplan gegen LSBTIQA*-Feindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Zur Erforschung intersektionaler Diskriminierungsformen und geschlechtsspezifischer Gewalt gegen LSBTIQA* wollen wir Studien öffentlich beauftragen und finanzieren." Die offizielle Kriminalstatistik bildet nur einen Bruchteil queerfeindlicher Gewalt ab. Sie muss stärker verfolgt und geahndet werden als bisher - dazu gehört die Benennung queerfeindlicher Gewalt in den §§ 46 und 130 StGB und die Sensibilisierung und Schulung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden. Hasskriminalität gegen queere Menschen, Communities oder ihre Unterstützer*innen muss bundesweit erfasst und strafrechtlich verfolgt werden. DIE LINKE setzt sich für die umfassende Unterstützung von Präventionsprojekten und Organisationen ein, die Gewaltopfern helfen, dazu gehört explizit die Selbsthilfe- und Aufklärungsarbeit der Communities selbst.

*Wie wollen Sie in Entwicklungszusammenarbeit und Auswärtiger Politik das LSBTI-Inklusionskonzept sowie die Yogyakarta-Prinzipien +10 umsetzen, LSBTI-Menschenrechtsverteidiger*innen stärken, die EU-LSBTI-Gleichstellungsstrategie unterstützen und die Rechte von LSBTI z.B. in Polen & Ungarn stärken?*

Wir wollen eine umfassende, öffentlich finanzierte Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe; die Menschen- und Selbstbestimmungsrechte von Frauen und LSBTIQA* sind zentrales Ziel. Die Yogyakarta-Prinzipien +10 müssen umgesetzt werden. Queere Menschenrechtsaktivist*innen sollten gerade in Hinblick auf den juristischen Sachverstand gefördert werden. DIE LINKE unterstützt die EU-LSBTI-Gleichstellungsstrategie und fordert deren Weiterentwicklung. Unsere Solidarität ist grenzüberschreitend: LSBTIQA* in z.B. Polen und Ungarn brauchen konkrete Hilfe. Wir setzen uns dafür ein, dass transnationale Initiativen und Austauschprogramme, in denen die Menschenrechte von LSBTIQA* als Maßstab gelten, gestärkt werden. Weiter fordern wir, dass die EU rechtliche Schritte und finanzielle Sanktionen bei Menschenrechtsverletzungen gegenüber LSBTIQA* innerhalb der EU prüft und durchsetzt. Sanktionen dürfen dabei niemals zu Lasten der Zivilgesellschaft vor Ort gehen.

Wie wollen Sie eine menschenrechtskonforme, LSBTI-inklusive Flüchtlingspolitik umsetzen (faire, kultursensible Asylverfahren, Zugang zu Information und unabhängiger Rechtsberatung, Gewaltschutz bei Unterbringung, keine Abschiebung in Verfolgerstaaten, LSBTI-Themen in Sprach-/Integrationskursen)?

DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Einwanderungsgesellschaft mit besonderen Fokus auf die Situation geflüchteter Frauen und LSBTIQA* ein. Das Asylrecht wollen wir ausweiten, mit einheitlichen Schutzstandards auf hohem Niveau. Verfolgung wegen sexueller Orientierung und von trans* und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTIQA*) muss in der Praxis als Fluchtgrund anerkannt werden. Der individuelle Zugang zu Asylverfahren und Rechtsschutz muss für Asylsuchende sichergestellt werden. Frauen, Kranke, Alte, Kinder, religiöse und ethnische Minderheiten sowie Menschen mit Behinderung und queere Menschen sind besonders schutzbedürftige Personen. Sie müssen vor Gewalt, Elend und Ausbeutung sicher sein. Schnellverfahren und Inhaftierung von Schutzsuchenden (ob in sogenannten Rückkehr-, Transit-, kontrollierten Zentren oder »Hotspots«) lehnen wir ab. Queeren Menschen, die verfolgt werden, muss uneingeschränkt Asyl bzw. Schutz gewährt werden. Sie dürfen nicht abgeschoben werden - auch nicht in sog. sichere Herkunftsländer. Wir wollen flächendeckend unabhängige Fach- und Beratungsstellen für LSBTIQA*-Geflüchtete einrichten, in denen sie sich zum Asylverfahren sowie zum Aufenthalts- und Migrationsrecht beraten lassen. Wir setzen uns für Möglichkeiten der queer-sensiblen psychologischen Beratung ein und fordern die dezentrale Unterbringung von queeren Geflüchteten, auch und besonders im Sinne des Gewaltschutzes und der Bewegungsfreiheit. Wir fordern das Recht auf barrierefreie Gesundheitsversorgung unabhängig vom Aufenthaltsstatus, den Ausbau spezifischer Vernetzungs- und Hilfsangebote sowie den Zugang zum Internet für alle Geflüchteten.

Wie wollen Sie einen Nationalen Aktionsplan zur Akzeptanz von LSBTI mit klaren, zeitlich definierten Zielvereinbarungen, Selbstverpflichtungen staatlicher Stellen und Haushaltsmitteln auflegen, LSBTI-Demokratie-Projekte auf Bundesebene absichern, Bildung und Arbeit gegen Rechtsextremismus stärken?

Seit mehr als ein Jahrzehnt setzte sich DIE LINKE für einen bundesweiten Aktionsplan gegen LSBTIQ*-Feindlichkeit und für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein. DIE LINKE Berlin entwickelte 2010 den ersten Aktionsplan auf Landesebene mit, der Vorbild für andere Bundesländer wurde - 15 von 16 Bundesländern haben heute einen eigenen Aktionsplan. Bundespolitisch setzte sich DIE LINKE in der letzten Legislatur für länderübergreifende Strukturen und Haushaltsmittel ein, um die Teilhabe, soziale und rechtliche Gleichstellung, die körperliche Selbstbestimmung und das Recht auf ein gewaltfreies Leben für LSBTIQ* flächendeckend zu stärken. Das wollen wir fortsetzen und vertiefen, auch in Hinblick auf Wohnungs- und Erwerbslosigkeit, von denen queere Menschen strukturell stärker betroffen oder bedroht sind. Ein bundesweiter Aktionsplan muss die Länder finanziell so ausstatten und befähigen, dass lokale Strukturen und Angebote für LSBTIQ* selbstverständlich werden. Protest und Aufklärung gegen Rechts sind eine Bedingung von Demokratie und dürfen nicht mehr kriminalisiert werden. Projekte der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus, Opferberatungen und zivilgesellschaftliche Demokratiebündnisse sowie Antifa-Initiativen müssen mit einem echten Demokratiefördergesetz stärker und langfristig finanziell unterstützt werden.

Wie wollen Sie die diskriminierenden Blutspendeverbote für "MSM" und Trans aufheben, einen LSBTI-Gesundheitsbericht auflegen, das Krankheitsrisiko Diskriminierung angehen, für LSBTI-inklusive Gesundheitsversorgung sorgen sowie einen Rettungsschirm für Corona-bedrohte LSBTI-Infrastruktur spannen?*

DIE LINKE setzt sich für eine diskriminierungssensible, barrierefreie und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung ein. Die Blutspenderrichtlinie muss dringend überarbeitet und auf den wissenschaftlichen Stand gebracht werden, Ausschlusskriterien und Fristsetzungen, die schwule und bisexuelle Männer sowie trans* Personen diskriminieren, gehören abgeschafft. Es braucht einen Gesundheitsbericht für LSBTIQA*, um ihre Bedarfe besser zu erkennen und umzusetzen. Wir setzen uns für queere Gesundheitszentren mit Schwerpunkt trans* und inter* auch in Kleinstädten und ländlichen Gebieten ein. LSBTIQA* brauchen freien Zugang zu medizinischen Leistungen. Die anfallenden Kosten soll die gesetzliche Krankenkasse übernehmen, unabhängig vom Aufenthalts- oder Versichertenstatus. DIE LINKE forderte als erste Partei einen Rettungsschirm für queere Infrastrukturen, die Pandemie-bedingt in Schieflagen geraten sind. Queere Kultur-, Frei- und Schutzräume müssen erhalten und ausgebaut werden.